



Neues aus dem ver.di Landesbezirk Hessen

BLICKWINKEL

Im Dezember 05/2022

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

ein Jahr, in dem das Unvorstellbare wahr wurde, das in dessen Folge ein „weiter so“ nicht mehr zulässt, neigt sich dem Ende zu. Auch wenn sich vieles verändern muss, so gilt dies nicht für unsere Werte Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Solidarität. Sie sind und bleiben der Quell all unseres Tuns. Sie sind hohe Güter, die es auch und gerade in diesen schwierigen Zeiten, mit Macht nach allen Seiten zu verteidigen gilt.

Wenn wir nach vorne schauen, fällt uns ein anspruchsvolles Tarifjahr 2023 in den Blick. Klar erkennbar dabei ist, geschenkt werden uns die geforderten, nachhaltig spürbaren Erhöhungen in den anstehenden Tarifrunden nicht. Da wird uns viel abverlangt. Denn obendrein werden wir auch im kommenden Jahr nicht nachlassen, unsere Positionen für einen sozial-ökologischen Umbau der Arbeitswelt, für eine offene, demokratische und sozial gerechte Gesellschaft in die Politik einzubringen. Das alles wird nur mit vereinter Kraft gelingen.



Landesbezirksleiter
Jürgen
Bothner

In diesem Sinne wünsche ich Euch und Euren Familien über den Jahreswechsel eine erholsame Zeit, Gesundheit und für das neue Jahr 2023 alles Gute und Frieden für alle Menschen. ♦

Euer Jürgen Bothner

„Dies ist eine Steilvorlage für einen Abschluss des öffentlichen Dienstes in nächsten Jahr!“

Verhandlungsführer
Axel Gerland



Ab
Dezember 2023
100 Prozent
Weihnachtsgeld

Also, geht doch – Vorbildliche Tarifeinigung in der hessischen Energiewirtschaft

Diese zehn Stunden Verhandlungszeit waren gut investiert. So lange brauchte es nämlich, bis in der hessischen Energiewirtschaft in der dritten Verhandlungsrunde eine Einigung auf dem Tisch lag. Aber die hat es in sich: 2.000 Euro Inflationsausgleich, ab dem 1. Juni 2023 ein Festbetrag in Höhe von 270 Euro monatlich und im Dezember 2023 oder Januar 2024 dann nochmal eine Inflationsausgleichsprämie von 1.000 Euro.

Für die Auszubildenden gibt es bis Mai 2023 eine Inflationsausgleichsprämie von 1.000 Euro, 75 Euro mehr ab 1. Juni 2023 und ab Dezember 2023 dann 100 Prozent Weihnachtsgeld. Den zweiten Inflationsausgleich Ende 2023 bekommen sie in Höhe von wieder 500 Euro. Verhandlungsführer Axel Gerland: „Damit haben wir den ersten Abschluss mit einem sozial gerechten Festbetrag in der Energiewirtschaft erzielt. Dies ist eine Steilvorlage für einen Abschluss des öffentlichen Dienstes in nächsten Jahr!“.

Bei der Arbeitgebervereinigung AVEW Gruppe Hessen handelt es sich um energiewirtschaftliche Unternehmen, deren Anteilseigner hessische Landkreise und Kommunen sind. Es sind daher fast ausschließlich öffentliche Anteilseigner. Die Ausnahme bildet die südhessische SÜWAG, die mehrheitlich RWE gehört. Der Abschluss betrifft über 6.000 Beschäftigte. ♦

„Unsere Herzen brennen“

UKGM-Beschäftigte fordern Entlastung

Mit beeindruckenden Kundgebungen sind die Beschäftigten der Universitätsklinik Gießen Marburg UKGM in ihre Krankenhausbewegung Entlastung gestartet. Am Dienstag, 14. Dezember haben sie in Gießen und Marburg dem Arbeitgeber und der Politik ihre Absichtserklärung überbracht.

Dazu haben sie 4163 Unterschriften gesammelt. Gewerkschaftssekretär Fabian Dzewas-Rehm: „Sie haben damit bekräftigt, dass sie sich gemeinsam auf den Weg machen werden und einen Tarifvertrag erkämpfen wollen. Einen Tarifvertrag der Ausgliederungen und Kündigungen für alle am Uniklinikum ausschließt und endlich für bessere Arbeitsbedingungen sorgt. „Seit vielen Jahren arbeiten die Uniklinik-Beschäftigten am Limit. Die Pandemie hat die Probleme noch einmal verschärft. Darunter leiden nicht nur die Kolleg*innen, sondern auch die Patient*innen. So kann es nicht weitergehen! Wir fordern einen Tarifvertrag Entlastung am UKGM. Das bedeutet endlich mehr Personal, bessere Ausbildungsbedingungen und Beschäftigungssicherung für alle Beschäftigten“,“

Die Übergabe der Absichtserklärung markiert den Start eines Ultimatums an die politisch Verantwortlichen und den Arbeitgeber: „100 Tage geben wir Zeit. 100 Tage, um Sicherheit für alle Kolleg*innen zu schaffen. 100, Tage um einen wirksamen Schutz vor Überlastung zu ver-



handeln.“ Sollte es innerhalb dieser 100 Tage keinen Tarifvertrag geben, wären laut Dzewas-Rehm ab dem 24. März 2023 Streiks in Gießen und Marburg möglich. Der Arbeitgeber hat aus Sicht von Dzewas-Rehm verstanden, dass es den Beschäftigten ernst ist. Auf den Kundgebungen haben Vertreter*innen des Rhön-Konzerns Tarifverhandlungen in Aussicht gestellt. Das UKGM und das Land Hessen hatten erst kürzlich bekannt gegeben, dass sie sich in einem Streit über die Höhe öffentlicher Finanzhilfen wieder angenähert haben.

An der zweiten hessischen Universitätsklinik in Frankfurt haben die nicht-ärztlichen Beschäftigten den ganzen Sommer über für Entlastung gekämpft. Ihre Tarifeinigung über Entlastung erfolgte am 25. Oktober 2022. ♦

Der Film zum Thema: Krankenhausbewegung Uniklinik Gießen Marburg gestartet – verdi.de

„100 Tage geben wir Zeit. 100 Tage, um Sicherheit für alle Kolleg*innen zu schaffen ...“



Make Amazon Pay – erster internationaler Streiktag beim Online-Händler

Beim Online-Riesen Amazon läuft derzeit ein vorweihnachtlicher Streik. Zuletzt hatten die Beschäftigten Ende November gestreikt. Der vierte Freitag im November ist in den Vereinigten Staaten jedes Jahr Kaufrausch-Freitag. Black Friday ist der Tag nach Thanksgiving, einem landesweiten Feiertag. Der Internetversandhändler Amazon aus Seattle veranstaltet diese Tradition als Mega-Konsum-Ereignis seit Jahren auch in Deutschland. Und ver.di streikt schon seit Jahren dagegen an. Dieses Jahr erstmals international. In 23 Ländern weltweit beteiligten sich Kolleg*innen an dem Ausstand. Der Freitag wurde von ihnen kurzerhand zum Make-Amazon-Pay-Day umbenannt. Die beiden hessischen Standorte in Bad Hersfeld, FRA1 und FRA2



Amazon Beschäftigte werden von Vorgesetzten eingeschüchtert. Trotzdem streiken sie.

waren dabei. Gewerkschaftssekretärin Las Mary Douglas Salar: „Amazon fährt Rekordumsätze ein. Die Beschäftigten jedoch müssen mit ansehen, wie ihr Reallohn angesichts der hohen Inflation sinkt. Die Arbeitsbelastung aber steigt besonders in der Black Friday Woche enorm an, ohne dass es dafür eine Wertschätzung geben würde. Außerdem müssen die Kolleg*innen die Folgen der rasant steigenden Energiepreise allein schultern, weil das Unternehmen sich weigert, ihnen eine Energieprämie zu zahlen.“

ver.di fordert für die Amazon-Beschäftigten einen Tarifvertrag „Gute und gesunde Arbeit“ sowie die Anerkennung der Tarifverträge des Einzel- und Versandhandels. ♦

Explodierende Heizkosten gefährden Wissenschaft und Studierende

In Hessen ist die Sorge an den Hochschulen groß. Die gestiegenen Energiepreise reißen allein bei der Technischen Universität Darmstadt nach eigenen Schätzungen ein Loch von 20 Millionen Euro. Das heißt anderswo kürzen, sagt Gewerkschaftssekretär Gabriel Nyç und sieht das Land Hessen in der Pflicht. „Wenn das Land seiner Verantwortung nicht nachkommt, sind massive Kürzungen absehbar. Das wäre fatal.“

Diese Befürchtungen treibt viele um und auf die Straße. 1.500 Studierende und Beschäftigte der TU Darmstadt haben am 24. November gegen mögliche Kürzungen bei Forschung und Lehre und für sichere Arbeitsplätze demonstriert – weit mehr als erwartet- „Das war ein starkes Signal der TU-Studierenden und Beschäftigten an die Landesregierung“, so Nyç weiter. „Hessen muss dringend die Defizite der Hochschulen ausgleichen, die durch die Steigerung der Energiepreise entstanden sind.“

Kurz danach kündigte die hessische Landesregierung einen Notfallfonds für die Hochschulen an. Sie sollen bis zu 40 Millionen Euro zusätzlich bekommen. Das bucht ver.di als Erfolg. Die Summe sei aber unzureichend so Nyç. Es dürfe nicht bei einer einmaligen Nothilfe bleiben. Die Hochschulen müssten vielmehr strukturell

besser ausgestattet werden, um die dauerhaft gestiegenen Preise zu verkraften. „Es darf in dieser Situation auf keinen Fall auf Kosten des Personals gespart werden. Stellenabbau oder Kürzungen in Lehre und Forschung müssen ausgeschlossen sein“, forderte der Gewerkschafter. Insbesondere die vielen befristet Beschäftigten seien weiterhin in Sorge um ihren Arbeitsplatz. „Diese Krise zeigt, wie dringend wir mehr unbefristete Beschäftigung an den Hochschulen brauchen. Landesregierung und Hochschulleitungen sind gefordert, dieses Problem endlich konsequent anzugehen.“ ♦



Bei der Demo am 24. November im Lesehof der TU Darmstadt

Zivilbeschäftigte bei den Stationierungstreitkräften

Es sieht nicht nach schneller Einigung aus diesmal. Ende November begannen die Tarifverhandlungen für die bundesweit rund 12.000 Beschäftigten, die meisten von ihnen in der Pfalz, in Hessen rund 1.800. Sie arbeiten in vielen unterschiedlichen Berufen, wie z.B. als Verwaltungsangestellte, Kaufleute, Handwerker, Feuerwehrleute.

Das Angebot der Arbeitgeber lautet auf 14 Monate Laufzeit und eine Erhöhung von 2,5 Prozent ab Januar 2023. Damit „alle Leute über den Winter kommen“ waren sie noch bereit, für die Monate November und Dezember eine Einmalzahlung von je 500 Euro anzubieten. Die Inflation von aktuell 10 Prozent im Oktober schien sie nicht zu interessieren.

Teilnehmer*innen berichten, sie sprachen über Nullrunden in Griechenland und schwärmten geradezu von geringen Abschlüssen in Spanien, Italien und Portugal.

„Ungenügend“ und „ernüchternd“ lautete das Fazit über diese erste Verhandlung. „Das reicht weder, um die gestiegenen Strom- und Gaspreise zu zahlen, noch um auch langfristig auf die galoppierenden Preise zu reagieren. Echte Wertschätzung sieht anders aus,“ betont Daniela Suttner, bei ver.di Hessen zuständig für die Koordinierung der Stationierungstreitkräfte im Bundesland. „Hohe Einmalzahlungen sind gut, um eine zeitnahe und vor allem kurzfristige Entlastung zu erreichen. Dauerhaft hohen Preisen kann man aber nur mit einer dauerhaften Steigerung der Tabellenentgelte begegnen.“



Beschäftigte der US Army Garrison Wiesbaden demonstrierten am 12. Dezember in der Wiesbadener Innenstadt.

ver.di fordert eine Erhöhung der Entgelte um 9,5 Prozent und eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 150 Euro.

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, gab es bereits Streiks in Rheinland-Pfalz. Am 12.12. traten auch 150 hessische Beschäftigte US Army Garrison in Wiesbaden in Streik. Sie versammelten sich zu einer Kundgebung in der Wiesbadener Innenstadt. Marcel Schmelz, Geschäftsführer des ver.di Bezirks Wiesbaden: „Es kann nicht sein, dass sich die Arbeitgeber ihrer Verantwortung in der schwierigen Zeit mit enormen inflationsbedingten Belastungen entziehen. Die Beschäftigten erwarten zu Recht ein wertschätzendes Angebot und sind weiter bereit, hierfür zu streiken.“ ♦



Auf Instagram zu finden: Die Häkels

Kurioses aus der Konferenz

Neulich bei der Landesfachbereichskonferenz B (der neue riesige Fachbereich mit viel öffentlichem Dienst) in Seeheim-Jugenheim gab es erstmals plüschige Konferenzbeobachter (ja, alle männlichen Geschlechts): die Häkels hatten es sich am Notebook ihres Menschen bequem gemacht, den Blick fest nach vorn gerichtet, zur Tagungsleitung. Die Häkels sind (v.l.n.r) Mammut Manfred, (unverkennbar) Charlie Brown, Snoopy, Woodstock und Frotteefrosch Joschka Fischer. Die Häkels sind seit kurzem munter in der Welt unterwegs. Offenbar hatten sie am Konferenzverlauf nichts auszusetzen, denn Beschwerden von ihnen sind nicht eingegangen. Alle fünf Häkels sind übrigens ver.di Mitglied. Wer ihnen auf Instagram folgen will: diehaekels ♦

Kurz gemeldet

Tarifabschluss bei Air France/KLM Cargo Boden

Seit knapp 10 Jahren haben die bundesweit rund 140 Beschäftigten keine Gehaltserhöhungen mehr bekommen. Nach einem Streik ist jetzt ein Abschluss erreicht worden, den die Mitglieder auch schon angenommen haben. Es gibt 7,5 Prozent mehr Geld in zwei Schritten mit insgesamt 350 Euro Mindestbetrag.

Ab 1. Januar steigen die Gehälter um 5 Prozent, mindestens 350 Euro und ab 1. Juli dann nochmal um 2,5 Prozent, mindestens 150 Euro. Die Laufzeit beträgt 15 Monate ab Januar, das heißt der Tarifvertrag läuft bis zum 31. März 2024. Verhandlungsführer Uwe Schramm: „Mit dem Mindestbetrag haben wir vor allem für unsere Mitglieder mit niedrigerem Einkommen ein sehr gutes Ergebnis erzielt. Die große Zustimmung zum Ergebnis zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.“ ♦

In zwei
Schritten:
insg. 350 Euro
Mindestbetrag

Zukunft IKEA

Bei IKEA Wallau wurde am 9. und am 10. Dezember gestreikt, bei IKEA in Frankfurt-Niedereschbach am 15. Dezember. Die Streiks sind Teile von Aktionswochen unter dem Motto „Tarifvertrag. Zukunft.Ikea“ in den IKEA Einrichtungshäusern. „Die IKEA-Unternehmensleitung verweigert nach wie vor Verhandlungen zu einem Zukunftstarifvertrag. Es geht um die Reduzierung von Überlastungen, Schutz der Gesundheit, die Gestaltung der Auswirkungen digitaler Transformation und nachhaltige Beschäftigungsstrukturen für die Kolleginnen und Kollegen bei IKEA“, so ver.di-Sekretär Matthias Schäfer. Durch Streiks in vielen Filialen der Möbelkette IKEA vor Weihnachten soll der Druck auf das Unternehmen erhöht werden, sich endlich an den Verhandlungstisch zu bewegen. Beim Fashionhändler Hennes & Mauritz

(H&M) konnte im Oktober nach längeren Verhandlungen ein auf das Unternehmen zugeschnittener Tarifvertrag Digitalisierung abgeschlossen werden. ♦



Windelhersteller Intigena vor Schließung Sozialplan verhandelt

Das Werk des Windelherstellers Intigena am Standort Eichenzell-Welkers soll Ende März 2023 geschlossen und die Produktion eingestellt werden. Betroffen sind 150 Mitarbeiter*innen. Geschäftsleitung und Betriebsrat haben sich in wochenlangen Verhandlungen auf einen Interessenausgleich und Sozialplan geeinigt. Die meisten Beschäftigten haben in dem Werk den größten Teil ihres Arbeitslebens verbracht. Die Belegschaft ist verbittert darüber, dass die Gesellschafter die Schließung des Werks beschlossen und sie und ihre Familien in eine ungewisse Zukunft schicken. „Die Mitarbeiter müssen für die Fehler des Managements zahlen“, sagt ver.di-Gewerkschaftssekretärin Ellen Sandrock-Becker. „Natürlich ist es letztendlich eine unternehmerische Entscheidung, was mit dem Werk in Welkers passiert.“ Doch sie hätte sich gewünscht, dass man intensiver über eine Fortführung des Werks nachgedacht hätte. Viele der Beschäftigten erhalten noch im Dezember ihre betriebsbedingten Kündigungen, was den bitteren Nachgeschmack noch verstärkt, dass damit nicht einmal bis zum neuen Jahr gewartet wurde. ver.di wird ihren Mitgliedern gleich Anfang Januar individuelle Beratungen anbieten. ♦

ver.di Hessen im Netz:

Homepage:	https://hessen.verdi.de
Facebook:	https://www.facebook.com/hessen.verdi
Twitter:	https://twitter.com/verdihessen
Instagram:	https://www.instagram.com/verdihessen/
Youtube:	https://www.youtube.com/channel/UC5mZteTYqduoFHUCXn8YAMQ

IMPRESSUM

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Landesbezirksverwaltung Hessen, Wilhelm-Leuschner-Str. 69–77, 60329 Frankfurt

Redaktion: Ute Fritzel Grafik: Elke Böhm Bildnachweise: Seite 1: Peter Jülich, Seite 2: Fototeam Hessen/Ursula Lerche (2), Seite 3: Fototeam Hessen/Andreas Gangl, Gabriel Nyc; Seite 4: Donato Turrisi; Fototeam Hessen/Ursula Lerche, Seite 5: Graphik:ver.di; Matthias Schäfer